



Weitere Windräder in Nideggen?

Nachdem 2014 eine Mehrheit aus CDU, MFN und FDP Frau Göckemeyers Pläne für zusätzliche Windräder in Nideggen gestoppt hatte, nahm Herr Schruff (REA GmbH) beim neuen Bürgermeister einen erneuten Anlauf und schlug vierzehn zusätzliche Windräder auf Nideggener Gebiet vor. Der Bürgermeister hielt es für "zielführend", sich mit ihm in der Fraktionsvorsitzendenrunde zusammen zu setzen. Wir lehnen aber Klüngel-Entscheidungen ab. Das Gespräch fand nicht statt. Da eine grundsätzliche Aktualisierung des Flächennutzungsplanes (FNP) auf Dauer nicht zu vermeiden ist, stimmten wir einer erneuten Voruntersuchung zu. Mit der

CDU waren wir uns dabei einig darüber, dass der Ablauf rechtskonform, aber nicht überstürzt stattfinden sollte. Zum Thema Windkraft – und nur zu diesem Thema – stimmten wir uns regelmäßig mit der CDU in gemeinsamen Fraktionssitzungen ab. Zur für den 22.05.17 verabredeten gemeinsamen Fraktionssitzung schickte die CDU dann aber nur ihren Fraktionsvorsitzenden, der uns mitteilte, dass die CDU-Fraktion das Verfahren nun "zügig durchziehen" wolle. Der Bürgermeister hatte die CDU-Fraktion vorher "informiert".

Wenn dieses Verhalten der CDU zu neuen Windrädern in Nideggen führen wird, werden diese Windräder den Bürgern täglich die **Gemeinsamkeit von Windrädern und der CDU-Nideggen** vor Augen führen:
Sie drehen sich nach dem Wind!

Am 23.05.17 beschloss der Bauausschuss dann gegen unsere Stimmen:

- Die 8. Änderung des FNP zur zusätzlichen Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, das gesetzlich vorgeschriebene Aufstellungsverfahren durchzuführen.
- Die Verwaltung wird beauftragt, Angebote für die Durchführung eines Artenschutzgutachtens für die Potentialflächen einzuholen.

Wir haben gegen diesen Beschluss Einspruch eingelegt:

- Die durch den Bürgermeister in der Sitzung vom 17.01.17 dargelegte und durch die Stellungnahme einer Kölner Kanzlei belegte Nideggener Rechtssituation besteht unverändert. Es gibt keinen aktuellen Anlass zur sofortigen Fassung eines Beschlusses zur FNP-Änderung.
- Die Einleitung einer FNP-Änderung, die zu Nideggener Windrädern an der Gemeindegrenze Kreuzaus führen kann, während Nideggen gegen Kreuzauer Windräder an unserer Stadtgrenze klagt, ist eine **unsinnige Vorgehensweise**. Sie kann auch dem wohlwollendsten Richter nur ein mitleidiges Lächeln entlocken.
- Dieser Beschluss dient weder der Energiewende, noch dem Klimaschutz. Er fördert einseitig finanzielle Interessen Einzelner zu Lasten der Bürger. Die Bundesnetzagentur rechnet mit jährlichen Kosten von bis zu 4 Mrd. € für Redispatch-Maßnahmen (Zahlungen an Windradbetreiber, deren Anlagen abgeschaltet werden müssen, weil das Netz den Strom in Spitzenzeiten nicht aufnehmen kann).
- Die Beschlussfassung in Nideggen erfolgte am Tag des Beginns von Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Landesregierung. Von ihnen konnten wesentliche Änderungen – auch beim Windkrafteinsatz – erwartet werden.
- Warum Nideggener CDU- und FDP-Ratsmitglieder ihren eigenen Parteifreunden im Land nicht vertrauten, bleibt ihr Geheimnis.
- **Mit diesem Beschluss wurde versucht, noch rechtzeitig eine mögliche für Bürger positive Entwicklung zu unterlaufen.**

Durch unseren Einspruch haben die Ratsmitglieder eine Chance bekommen, sich nochmals ernsthaft mit dem Thema zu befassen.

Darüber entscheidet der Rat am 04.07.17 in öffentlicher Sitzung.

Auszug aus dem CDU-FDP Koalitionsvertrag vom 16.06.17:

"Der massive Ausbau der Windenergie stößt in weiten Teilen des Landes auf zunehmende Vorbehalte in der Bevölkerung. Wir wollen die Akzeptanz für die Nutzung der Windenergieanlagen erhalten. Dazu werden wir unter Berücksichtigung von Rechtssicherheit und Vertrauensschutz folgende Änderungen vornehmen:

- Wir gehen davon aus, dass bei Neuanlagen eine **Abstandsregelung von 1.500 Meter** zu reinen und allgemeinen Wohngebieten rechtssicher umsetzbar ist. Wir wollen den rechtlichen Rahmen voll ausschöpfen.
- **Wir stärken die kommunale Entscheidungskompetenz.**
- Die Verpflichtung im Landesentwicklungsplan zur Ausweisung von Windvorrangzonen wird ebenso wie die Privilegierung der Windenergieerzeugung im Wald aufgehoben. ...
- Um die Zahl neuer Anlagen zu beschränken und die Zahl von Altanlagen abzubauen, wollen wir an durch Windkraft geprägten Standorten Repowering ermöglichen.
- Auf Bundesebene verfolgen wir konsequent die Abschaffung der baurechtlichen Privilegierung von Windenergieanlagen. ...
- **Der Windenergieerlass wird im vorgenannten Sinne überarbeitet, um den angemessenen Anwohner-, Landschafts- und Naturschutz sicherzustellen."**

Kletterwald in Schmidt

Für die Planung **im Eschauel** stimmten am 12.04.16: Nießen (CDU), Fischer (CDU), Pastern (CDU), Fritsch (MFN), Hoffmann (MFN), Müllejans (SPD), Hensch (FDP) und Meyer (Unabhängige). FDP und SPD sind jetzt kategorisch gegen diesen Standort – ein Erfolg lautstarker (vermeintlicher) Meinungsmacher. Wir haben inzwischen die zahlreichen Einwendungen geprüft. Ein großer Teil wäre vermieden worden, wenn der Bürgermeister bei der Info-Veranstaltung am 06.02.17 in Schmidt als Vertreter der Stadt über den Planungsstand informiert hätte, statt sich in der Rolle eines "Moderators" zu verstecken. Es nützt gar nichts, wenn er z. B. im 4-Augengespräch zugibt, dass die Verkehrssituation völlig übertrieben dargestellt wurde. Das hätte er öffentlich aussprechen müssen!

Unsere Einschätzung:

- Der Kletterwald im Eschauel wird ein Gewinn für Nideggen.
- Alle berechtigten Einwendungen und Bedenken lassen sich im Rahmen der Baugenehmigung und der vertraglichen Regelung zwischen Stadt und Investorin ausräumen.

Am 11.07.17 wird der Bauausschuss in öffentlicher Sitzung über die nächsten Schritte entscheiden.

Straßeninstandsetzung 2017

In der MFN-Info 1/2017 berichteten wir aus den Haushaltsverhandlungen:

"Der bisherige, bereits seit Jahren unzureichende, Ansatz für die **Straßeninstandhaltung** war von 190.000 € auf 100.000 € reduziert worden. Wir konnten die **Anhebung auf 150.000 € jährlich** erreichen. Je weniger wir für Straßeninstandhaltung ausgeben, um so schneller kommen die Straßen in den Zustand, in dem sie dann nur noch mit erheblichen Anteilen der Anlieger "erneuert" werden können. Herr Schmunkamp hatte behauptet, dass das Bauamt mehr als 100.000 € gar nicht umsetzen könne. Herr Hönscheid konnte dem Bürgermeister erklären, wie es geht. Jetzt müsste der Bürgermeister "nur" noch durchsetzen, dass der Bauamtsleiter das auch umsetzt."

Was wurde daraus? Nichts!

Der Bürgermeister legte dem Bauausschuss ein Programm für **nur noch 80.000 €** vor und erklärte: Es gibt keinen darüber hinausgehenden Bedarf! Wir haben das nachgeprüft. Die Meldungen der Ortsvorsteher von Embken, Muldenau und Berg wurden weitgehend berücksichtigt. Die Ortsvorsteher von Wollersheim und Rath hatten nicht geantwortet. Von den übrigen Ortsvorstehern gab es nur nicht nachprüfbar Telefonate. Wenn Sie Bedarf erkennen, können Sie dem Bürgermeister helfen. Prüfen Sie auf unserer Web-Seite unter dem Link "Straßeninstandsetzung 2017", ob der Bedarf schon erfasst ist. Wenn nicht, informieren Sie den Bürgermeister.

Keine Richtigstellung

Zur MFN-Info 2/2017 legte der Vorsitzende des Angelsportvereins Schmidt Wert auf die Feststellung, dass sein Verein kein "Vereinsheim" sondern eine "öffentliche Schutzhütte" hat. Die Stadt gibt dem Verein 3.000 € für den Stromanschluss im "Vereinsheim". Deshalb nennen wir es auch so.